



Schutz des Kleingewerbes

Baden-Württembergische CDU - Europaabgeordnete fordern längere Übergangsfristen für Erntehelfer aus den neuen Mitgliedsstaaten

Die acht Mitglieder der Baden-Württembergischen CDU-Landesgruppe im Europäischen Parlament haben die Sozialversicherungsträger in einem Brief aufgefordert, die seit einem Jahr geltende Vereinbarung über die Sozialversicherungspflicht von polnischen Saisonarbeitern noch bis zum Jahresende zu verlängern. Ursprünglich sollte diese zum 30.06. dieses Jahres auslaufen. "Das Ende des Übergangszeitraums ist unglücklich gewählt. Für die Landwirte wurden hierdurch mitten in der Erntezeit überraschend neue Belastungen geschaffen. Wir fordern deshalb, die Übergangsregelungen noch bis zum Ablauf dieses Jahres zu verlängern, um insbesondere die kleinen Gewerbe und Landwirte mit Arbeitsintensiven Kulturen vor Existenzbedrohenden Nachzahlungen zu bewahren", so die Europaabgeordnete Dr. Inge Gräßle. Vor allem für Sonderkulturen sind rund 38 000 polnische Erntehelfer in Baden-Württemberg im Einsatz.

Die Verlängerung der bisherigen Regelung in die Wintermonate dieses Jahres gibt Landwirten und Gärtnern die Möglichkeit, nach altem Recht ihre angestammten Erntehelfer zu beschäftigen und sich rechtzeitig vor der nächsten Erntesaison auf die geänderte Rechtslage einzustellen. "Die Europäische Regelung für Sozialabgabepflicht so genannter Wanderarbeitnehmer ist für die Sozialsysteme Europas sinnvoll. Ihre Anwendung darf aber nicht zu unbilligen Härten führen", begründeten die EU-Abgeordnete ihre Initiative